

Die Viehraub der Entente.

Ueber 820 000 Milchkühe.

Ueber den Umfang der Viehforderungen der Entente sind vielfach noch irgeige Ansichten im Publikum verbreitet. Bekanntlich haben wir uns im Friedensvertrag verpflichtet, als Botschafter innerhalb drei Monate nach Inkrafttreten des Vertrages 184 000 Stück Vieh, davon 140 000 Milchkühe, an Frankreich und Belgien zu liefern. Diese Verpflichtung aus dem Friedensvertrag ist bis Anfang Oktober 1920 zu 72,5 Prozent erfüllt. Die Verzögerung in der Vollerfüllung ist auf die Unruhen in Deutschland, die unzureichende Forderungen der beteiligten gegnerischen Staaten hinsichtlich der Qualität des zu liefernden Viehes, sowie den Mangel der Mast- und Kalbweiber in Deutschland und der Minderzahl in Belgien zurückzuführen.

Damit sind die Forderungen der Entente noch lange nicht erfüllt. Bereits im Mai ds. J. ist die Wiedergutmachungskommission mit einem neuen Ansuchen an die deutsche Regierung herantreten. Die Kommission hat die deutsche Regierung ersucht, die Wiedergutmachungskommission über die endgültige Forderung unserer bisherigen Feinde mitzuteilen folgende Mengen:

821 350 Milchkühe, 13 500 Bullen und 52 000 Junghäuser.

Sofort nachdem dieses angegebene Verlangen bekannt wurde, hat die Reichsregierung entschlossene Einsprüche gegen die unerbittliche Höhe dieser Forderung erhoben. Dabei wurde auf die Vorkonferenz der Erfüllung weiterer, über die Vorkonferenz hinausgehender Forderungen der Gegenseite hingewiesen und betont, daß es unmöglich sei, weitere höhere Forderungen zu leisten.

Diese Forderungen sind einseitig unzureichend. Die Wiedergutmachung der 821 350 Milchkühe würde den Raub der gesamten Kindermilch Deutschlands bedeuten. Eine Erfüllung dieses Ansehens hätte die schwerste Schädigung der deutschen Landwirtschaft und Tierzucht zur Folge. Die Versorgung der infolge der jahrelangen Missernte unterernährten Bevölkerung Deutschlands mit Fleisch, Milch, Fett, Wolle und Leder wäre aufs Schwerste gefährdet.

Die großen Mengen, die bereits zur Ablieferung gelangt sind, stellen ohnehin schon einen schweren Eingriff in das Wirtschaftsleben dar, der sich vielerorts bereits bemerkbar gemacht hat. Mit der Erfüllung der Forderung hat die deutsche Landwirtschaft die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht. Eine Durchführung der neuen Viehforderung wäre gleichbedeutend mit dem Zusammenbruch der deutschen Viehzucht. Schließlich würde die Rückwirkung auf die Ernährungsindustrie Deutschlands höchst nachteilige Folgen für das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben des Volkes zeitigen und damit letzten Endes die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu den geforderten Wiedergutmachungen nachhaltig beeinträchtigen.

Aus diesen Gründen muß mit ähnlichem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die dem Abschluß entgegenstehenden Vorlesungen als

Höchstmäß der deutschen Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Vieflieferung angesehen werden. Sollte die Entente trotzdem auf der Erfüllung ihres unüberwindlichen Verlangens bestehen, so komme dies seiner Greifbarkeit schlimmster Art gleich, die sich in ihren Folgen auch in den Ententeländern bitter rächen dürfte.

Polnische Drohungen.

Angebliehe Bedrückung der Polen in den Abstammungsgebieten.

Die polnische Regierung gefällt sich wieder einmal in der Rolle des Unflägers. Sie läßt durch ihre Presseagenturen eine antipolnische Kundgebung verbreiten, in der sie „mit Bedauern feststellt“, daß die Bedrückung und die Schikane, der die polnische Bevölkerung in den preussischen Abstammungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen ausgesetzt sei, eine schädliche Zuspitzung der Neutralitätsverhältnisse in den ehemals preussischen Teilgebieten hervorruft.

Androhung von Repressalien.

In der polnischen Kundgebung heißt es dann weiter:

„Die deutschen Behörden entfernen aus Ostpreußen zahlreiche dort seit langem ansässige Polen trotz der Intervention und der Proteste des polnischen Konsuls in Königsberg. Ein solches Verfahren der deutschen Behörden widerspricht nicht nur den internationalen Gebräuchen, sondern steht auch in deutlichem Gegensatz zu Artikel 27 des Versailler Vertrages. Der polnische Konsul in Königsberg gab dem Oberpräsidenten die Erklärung ab, daß im Falle weiterer unbegründeter Ausweisung von Polen eine ebenbürtige Anzahl preussischer Staatsbürger, die in ehemals preussischen Teilgebieten wohnen, ausgewiesen werden. Das Ministerium für das ehemals preussische Teilgebiet hat schon eine entsprechende Note ausgereicht. Die polnische Regierung wird gegungen sein, sich dieses radikalen Mittels zu bedienen, wenn die Berliner Regierung nicht eine energische Revision ihrer gegen die in Deutschland wohnenden Polen angewandten preussischen Verwaltungsmethode vornimmt.“

Wie deutschseits hierzu bemerkt wird, ist es durchaus unzureichend, daß die polnische Bevölkerung in den Abstammungsgebieten, am Niederrhein und in Westfalen der Bedrückung ausgesetzt wäre. Deutsche polnischen Stammes sind bei deutschen Behörden regelmäßig ihr Recht. Wenn gelegentlich zwischen deutschen und polnischen Staatsangehörigen bedauerliche Unarigkeiten vorgekommen sind, so geschähe dies in mindestens gleichem Maße jenseits der polnischen Grenze, und die deutsche Regierung bedauert die eine wie die andere Art von Unbill, die durch die gespannte politische Lage erklärt, aber nicht entschuldigt werden kann.

Die Maßnahme beim Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen hat ergeben, daß Ausländer polnischer Staatsangehörigkeit in seinem Verwaltungsbereich niemals anders behandelt worden sind, wie andere Ausländer.

Da von einer Ausweisung oder von amtlichen Maßnahmen gegen deutsche Reichsangehörige polnischen Stammes nirgends die Rede gewesen wäre, so kann wohl auch die polnische Regierung schwerlich eine Ausnahmehandlung polnischer Staatsangehöriger deutschen Stammes in Polen ins Auge gefaßt haben.

Der Kleinkrieg in der U. S. P.

Der Machtkampf beginnt.

Der Erbfolgestreit in der U. S. P. hat mit voller Macht eingesetzt. Wie schon auf den beiden Parteitagungen in Halle hervortrat, stehen der rechte wie der linke Flügel auf dem Standpunkt, daß sie Rechtsnachfolger der alten U. S. P. seien. Beide Richtungen erheben Anspruch auf die Presse, die Kassenkassen, die Parteikämmer, die Mandate in den Parlamenten und den Gemeinderäten — kurzum, es ist ein Machtkampf entbrannt, der in der nächsten Zeit von Tag zu Tag an Schärfe und Heftigkeit zunehmen wird. In den einzelnen Wahlkreisen und Ortsgruppen hat der Kampf bereits begonnen. Eine friedliche Auseinandersetzung ist wohl nirgends zu erwarten, vielmehr dürfte das „Recht des Stärkeren“ an vielen Orten die Entscheidung herbeiführen.

In Halle haben die Linksunabhängigen und die Kommunisten kurzerhand die Parteipresse in Beschlag genommen und die Parteifunktionäre aus ihren Ämtern verjagt. In Berlin haben die Rechtsunabhängigen einen großen Teil ihrer Mitglieder in „Marinieren“ und die Befragung der „Freiheit“ durch die Linksradikalen zu verhindern. Trotz alledem ist in das Büro des Zentralkomitees ein Einbruch verübt worden, der einen poltischen Hintergrund zu haben scheint. Während vor dem Hauptingang ein größerer Trupp Posten stand, schlichen sich mehrere Personen in das Haus ein. Als sie im Begriff waren, die Tür in die Büroräume zu kneten, wurden sie durch den Führer überführt, der ihnen den Zutritt verweigerte. Wie die „Freiheit“ berichtet, erklärten die Personen, es sei nicht ihre Absicht, einzubringen, vielmehr handelten sie im Auftrage von Däumling, Stäcker und Wolf Hoffmann, der bekannten Führer der Moskautanhänger, von denen sie die Anweisung erhalten hatten, das Büro zu „überwachen“. Schließlich zogen die jungen Leute wieder ab.

Wesentliche Schauplätze von dem Machtkampf der U. S. P. darf man in nächster Zeit wohl noch mehr erwarten.

Auch in Hannover hat sich der kommunistische Flügel der Unabhängigen mit Gewalt in den Besitz der Genossenschaftsbruderei Volksrecht gesetzt und die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung, die einen Aufbruch Christi und organisatorische Mitteilungen der provisorischen Leitung der gemäßigten Richtung enthält, verhindert.

„Fraktion Eichhorn.“

Die unabhängigen Parlamentarier der Linken (Fraktion) — 22 an der Zahl — haben sich im Reichstag zu einer Fraktion zusammengefaßt. Die neue Fraktion trägt die Bezeichnung „Fraktion Eichhorn“. Der rechte Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt, daß durch das Ausscheiden der bisherigen Fraktionsgenossen auch deren Mandate als erledigt zu betrachten sind. Endgültige Beschlüsse hierfür werden jedoch erst nach Besprechungen mit der Wahlprüfungskommission gefaßt werden. Wie die „Germania“ erfährt, ist die auf 53 Mitglieder zusammengesetzte Fraktion der U. S. P. der Ansicht, daß ihr die Vizepräsidentenstelle im Reichstage, die zurzeit Dittmann innehat, nach wie vor zustehe. Sie zögert jedoch die Deutsche Volkspartei, die entsprechend ihrer Mitgliederzahl an nächster Stelle steht, Anspruch auf den Vizepräsidenten erheben, so will der rechte Flügel diesen Anspruch keinen ernstlichen Widerstand entgegenstellen.

In der neuen Reichstags-Fraktion (Eichhorn) gehören die folgenden 22 Reichstagsmitglieder: Voss, Voss, Heise, Braß, Däumling, Schwel, Eichhorn, Fries, Geier, von, Geier jun., Herzfeld, Hoffmann, Hölten, Koenen, Malajani, Kellner, Reich, Remmele, Stroeder, Teuber, Wendelin, Thomas, Frau Wachtel.

Die Ausweisung der bolschewistischen Delegatoren.

Der Ausweisungsbefehl gegen die beiden russischen Vorkonferenz-Einwohner und Vorkonferenz hat in der gesamten Presse Zustimmung gefunden. Nur die sozialistischen Blätter glauben den Beschlüssen der Reichsregierung bemängeln zu müssen. Der Vorkonferenzrat muß zwar zugeben, daß das Auftreten dieser beiden Leute auf dem Hallenser Parteitag „von einer Unversämtheit her, die das Maß alles bisher Dagewesenen übersteigt“, doch erscheint dem Rat die Ausweisung als ein politischer Fehler. Man hätte warten sollen, bis die deutschen Arbeiter die beiden selbst heranzuschaffen hätten. Auch die „Freiheit“, die heute noch die Ansicht der Rechtsunabhängigen vertritt, nennt die Ausweisung einen „dummen Gewaltstreik“, wogegen gerade die beiden Russen am meisten zu der Spaltung der U. S. P. beigetragen haben. Ja, der auf dem rechten Flügel der Partei stehende Rechtsanwalt Rosenfeld hat es sogar übernommen, im Auftrage der beiden Kommissare der Reichsregierung um eine Fristverlängerung bis zum 23. ds. Mts. zu bitten. Außerdem hat die Reichstagsfraktion der U. S. P. beschlossen, im Reichstag einen Antrag einzubringen, in dem die Aufhebung der Ausweisung Einwohnens und Vorkonferenz gefordert und in dem weiter verlangt wird, daß das Gesetz, betreffend die freilose Ausweisung ausländischer Ausgehender wird. Beide Anträge dürften jedoch voraussichtlich von der Reichsregierung und von den Parlamenten abgelehnt werden.

Der Riesenstreik in England.

Alle Gruben stillgelegt.

Telegrafisch meldet aus London: Der Kohlenstreik ist am Dienstag allgemein. Mit Ausnahme der allernotwendigsten Arbeiten zur Ventilation und zur Entwässerung der Gruben ruht der Betrieb auf den Kohlenbergwerken vollständig.

Seine Ansichten auf eine Einigung.

Die Wirkung des Bergarbeiterausstandes auf die Industrie macht sich bereits geltend, und der Streik andauert, so werden in ganz England Fabriktürme geschlossen und die Arbeiter auf einer Einigung vor. Die Regierungsmassnahmen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung umfassen eine Erhöhung der Produktion und die Erhöhung der Produktion. Die Regierung wird auf 8 Millionen pro Woche herabgesetzt. Das Handelsministerium hat die Notwendigkeit bestätigt der Einschränkung der Produktion mit Steinkohle, Gas und Elektrizität für Häuser und Fabriken zu erlassen. Ein allgemeines Lieferverbot für Steinkohle ist bereits vor kurzem erlassen. Für Passagier- und Mailboote sind Sonderbestimmungen über die Kohlenlieferung erlassen worden. Für die Küstenfahrt sind die Einschränkungsbestimmungen erleichtert worden.

Berichte von verschiedenen Seiten zeigen, daß sich die Bergarbeiter auf lange Ferien vorbereiten. Sie organisieren Räte- und Hunderttusen (A) sowie andere öffentliche Versammlungen.

Am der Börse stehen die Geschäfte still. Die Zahlung der Regierung bleibt fest. Handlungs- und Bekleidungsunternehmen sind rationiert. Im Falle einer längeren Streikdauer scheint es wahrscheinlich, daß die Regierung sich dem Rufe der Arbeiter anschließen wird.

Stütze Arbeitslosendemonstrationen in London.

Die Wirkungen des Streiks machen sich in London in vollem Ernst bemerkbar. Tausende von Arbeitern sind durch die Stilllegung der Betriebe arbeitslos geworden. Am Montag fanden ausgedehnte Streikdemonstrationen der Arbeitslosen statt. In 20 000 Demonstranten marschierten nach White Hall. In Downing Street kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Verletzte Polizisten machten verschiedene Angriffe auf die Menge. Es gab drei Verwundete. Nach einer zweiten Meldung wurden im Laufe des Tages fünf weitere Demonstranten verletzt. Die Polizei wurde durch die Demonstranten gequält.

Steinbombardement in London.

Während der Demonstrationen in Downing Street von der vorderen Regierungsviertel richtete die Menge ein regelrechtes Steinbombardement gegen die Regierungsgebäude. Zahllose Fenster wurden zertrümmert. Auch im Kriegsministerium wurden viele Fenster eingeworfen. In Strandway wurden vier Personen durch eingeschlagenen und zerbrochenen Fensterglas verletzt. Die Demonstranten sind von einigen Tausend durchgegriffen. Es ist als wäre ein Sturm über die Demonstranten gekommen. Die Demonstranten sind von einigen Tausend durchgegriffen. Es ist als wäre ein Sturm über die Demonstranten gekommen.

Sieben Bürgermeister von Groß-London begaben sich im Anschluß an die Arbeitslosentage zu Lloyd George, um in der Arbeitslosentage vorzutreten zu werden. Lloyd George versprach, bei der Parlamentsöffnung eine Erklärung darüber abzugeben.

Es sind Gerüchte im Umlauf, daß aus Urkatastrophal- und Kohlenarbeiterstreiks zu erwarten sind. Die Stellung Lloyd Georges erscheint jedoch zu stark, als daß solche Gerüchte wahr werden könnten. In der New Yorker Börse ist der Sterlingkurs in den letzten Tagen erheblich gefallen.

Politische Rundschau.

Berlin, 19. Oktober 1920.

— In Coblenz (Mehel) beantragte die Preussische Regierung, die in Coblenz befinn Kulturlandes zur Freisetzung von Flugplätzen. Der Antrag, meist Kleinigkeiten, hat sich große Bewegung gemacht. Gegenständig war bisher erfolglos.

— Als Gegenmaßnahme gegen den Passierung im Mecklenburger Gebiet werden nach einem Schreiben des dortigen Reichstagskommisars an den Generalgouverneur von Danzig die Bewohner des Mecklenburger Gebietes nach Deutschland den Ausländern gleichgestellt.

— Der bekannte Führer der württembergischen Demokraten Rudolf Baumbach ist von der Leitung der Landespartei zurückgetreten, um sich den parlamentarischen Aufgaben in Land und Reich besser widmen zu können.

— Fünfundzwanzig Jahre Deutsches Reich. Seit der Gründung eines einzigen Deutschen Reiches, der Erfüllung der jahrzehntelangen Bestrebungen aller freien Völker des deutschen Vaterlands, wird am 18. Januar 1921 ein halbes Jahrhundert verfließen sein. Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei fordert die Parteigänger in Land und Reich auf, am 18. Januar 1921 die 50-jährige Bestehens der deutschen Einheit feierlich zu gedenken.

— Schaffung einer Reichswirtschaftskammer. Der Verfassungsausschuss des vorläufigen Reichspräsidenten hat sich in seiner demnächstigen Beratung mit der Frage der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung beschäftigt, die nach Artikel 165 der Reichsverfassung in Aussicht genommen ist. In diesen Verhandlungen werden auch die grundsätzlichen Richtlinien für künftige Gestaltung der amtlichen Berufsvereinigungen (Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Wandervereine) erörtert werden müssen. Nach ihrem Wunsch beabsichtigt die Reichsregierung den Entwurf zu einem Reichswirtschaftsausschuss über die landwirtschaftliche Berufsvereinigungen, worüber bereits seit längerer Zeit im Reichsministerium für Landwirtschaft und Landwirtschaft ein Referat...

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft. Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere. Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren. Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank. Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlorster Wertpapiere. Uebernahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.

Bettmässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Anst. unsonst. **Sauter's Färch 1/3, Rüdhauser 2/3**

Inserate

bis Dienstag abend und Freitag mittag erbeten.



Getreide und Kartoffel-Säcke

verkauft und verleiht **Mank, Sackfabrik u. Sackreparaturanstalt, Cassel-W.** Fernsprecher 1824.

Gut eingespülte, alte

Geige

(mit Zubehör) zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Zeitung.

Landverpachtung!

Da Nachgebste erfolgt ist, findet nochmaliger Termin zur Verpachtung der Länder am Galgenberg und Breitenberg am **Montag, den 25. Oktober, abends 8 Uhr** im Gasthaus zum Hindenburg statt.

Georg Salzmann.

Carbollinuum, Steinkohlenteer, Leinölfirnis, Fußbodenöl, Zentrifugenöl, Maschinenöl, Fischtran, Lederfett, Wagenfett

empfiehlt

Richard Mohr.

J. Ziegler's

Privat-Handelsschule

CASSEL, Kölnischerstraße 8

Fernsprecher 2590

Geegründet in Cassel 1898.

Täglich beginnen f. Personen aller Stände (Damen wie Herren) neue Kurse in **einfacher, dopp., amerik., landwirtsch. u. Hotel-Buchführung, Wechsel- und Handelslehre, Schön-, Recht- u. Briefschreiben, Rund- u. Lackschrift, Rechnen, Stenographie u. Maschinenschreiben.**

Der gute Ruf der Schule bürgt für einen sicheren Erfolg. Lehrplan unsonst.

Junger Mann sucht

möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension. Angebote unter **B. S. W. Nr. 112** an die Geschäftsstelle ds. Zeitung.

Buchdruckerei HUGO MUNZER

Fernruf 27 Rathausstr. 141. Fernruf 27

Anfertigung von

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenberg Zeitung

L. Pfeiffer

Bankgeschäft,

Agentur Spangenberg

Vertreten durch Herrn Apotheker **M. Woelm.** Postscheckkonto: L. Pfeiffer, Cassel Nr. 2155 Frankfurt a. M.

Vermittlung aller bankmässigen Geschäfte.

Scheckrechnungen

Zinssatz 3%

Depositen- (Spar-) Rechnungen

Zinssatz 3 bis 4% je nach Kündigung.

Ein Ofen

gebraucht, gut erhalten, zu verkaufen.

Aug. Siebert, Neustadt.

Ackerpflüge



Eggen

Getreidereinigungsmaschinen
Kartoffelquetscher, Runkelmühlen

billig

Richard Mohr.

Vorzüglicher reiner

Tabak

in Paketen von 100 Gr. zu **Mf. 4.50** empfiehlt **Levi Spangenthal,** Obergasse 174.

Empfehle

Aluminium-Löffel

zu folgenden Preisen:

Chlöffel, glatt u. gemustert Dgd. 26.-
Kaffelöffel, Dgd. 18.-
Brotkegelöffel Stk. 16.- und 12.-
Gemüselöffel Stk. 6.-

Die Löffel sind beste Qualität und nicht mit billigerer Ware zu vergleichen; die in der Ausführung entschieden leichter und nicht reines Aluminium ist.

Friedmann's Uhrenhandlung

Allen denen, die anlässlich unserer

Vermählung

unserer gedacht, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank. Ebenso herzlich danken wir dem Jungfrauenverein an dieser Stelle für den schönen Gesang in der Kirche.

Karl Cheune u. Frau
Lilli, geb. Hartmann.



Transportable Kesselöfen

Herde, Kesselöfen

Richard Mohr.

Suche für sofort ein tüchtiges ehrliches

Mädchen

nicht unter 18 Jahren, selbiges muß in aller Arbeit bewandert sein. Gute Kost gute Behandlung und Lohn gesichert. Zu melden bei

Frau Fleischermeister W. Schellhas,
Eckwege, Brühl 6.

Wollene Strumpfgarne

schwarz, grau und braun
nur in bester Qualität eingetroffen.

August Ellrich.